

Recht auf Arbeit Recht auf Bildung



Zeitung der Schweizer Sozialdemokraten

Parteitag 1976

Vor genau einem Jahr hat die SP Schweiz ihren grössten Wahlerfolg seit über dreissig Jahren errungen. In Friedenszeiten gab es nie eine stärkere SP-Nationalratsfraktion als heute. Beim Ständerat verdienen unsere welschen Freunde ein besonderes Kompliment. Drei von nur fünf SP-Ständeräten sind welsche Genossen. Da hat die übrige Schweiz noch einen Nachholbedarf.

Kein Erdbeben

Der Wahlsieg von 1975 war kein Erdbeben. Der Gewinn von zehn Mandaten gilt bei uns aber doch eher als aussergewöhnlich. Jetzt müssen wir das Ge-



wonnene konsolidieren. Voraussetzung dafür ist eine die Bedürfnisse des Volkes abdeckende Politik. Rechtsbürgerliche Zeitungen, allen voran die NZZ, markierten nach den Wahlen Verblüffung und Entrüstung. Verblüffung und Entrüstung deshalb, weil die SP

vor zehn Tagen in seinem Pressedienst folgendes veröffentlicht:

«Wenn diese bürgerlichen Politiker (doch) nur Ideen hätten. Ideen, wie man diesen unerfreulichen Entwicklungen steuern könnte. Denn niemand ist glücklich über die fortschreitende Bürokratisierung, über höhere Steuern. Aber sie haben keine Ideen, keine Konzepte, keine Rezepte. Sie geben sich auch zuwenig Rechenschaft über die Ursachen dieser Entwicklung. Sonst könnte man nicht ‚mehr Marktwirtschaft‘ als Heilmittel anbieten. Denn es ist ja gerade das Versagen der Marktwirtschaft, das zu immer weiteren staatlichen Eingriffen führt. Marktwirtschaft bringt von sich aus kein konjunkturelles Gleichgewicht zustande und ruft daher nach Konjunkturpolitik. Sie verwirklicht von sich aus keine halbwegs vernünftige Einkommens- und Vermögensverteilung und verlangt daher gebieterisch nach Umverteilung über steuerliche Massnahmen. Sie fördert den Starken und schwächt den Schwachen und erfordert daher Sozialpolitik. usw., usw.»

Staatenlose

Diese Standpauke war fällig. Die Bürgerlichen beherrschen weitgehend diesen Staat. Aber sie benehmen sich zum Teil wie Staatenlose. «Trumpf Buur», Redressment National, Aktion Bürger+Freiheit und andere von der Wirtschaft finanzierte Clubs betätigen sich als professionelle Staatsankläger. Der Staat ist ihr grösster

privaten Monopolen und multinationalen Konzernen verliert langsam ihre Wirkung. Denn es hat sich herumgesprochen, dass für uns der Staatskapitalismus keine Alternative zum Privatkapitalismus darstellt. Wir wollen weder kommunistische Kirchenhellige noch privatkapitalistische Ölgötzen anbeten. Marktwirtschaft setzt, wenn sie sozial sein und funktionieren soll, Wettbewerb voraus. Keinen ruinösen Wettbewerb der Starken gegen die Schwachen, sondern einen Wettbewerb im Sinne der Chancengleichheit. Wir meinen damit Markt statt Macht.

Macht statt Markt

Heute haben wir vielfach das Gegenteil, Macht statt Markt. Das entspricht der konservativen Besitzideologie. Gerade aber der Besitz wird durch eine unverantwortliche Wirtschaftspolitik gefährdet. Luft, Wasser und Boden sind Allgemeingut, sind unser gemeinsames Eigentum. Kein anderes Land hat höhere Bodenpreise als die Schweiz. Kein anderes Land hat eine grössere Bodenverschuldung als die Schweiz. Kaum ein anderes Land hat seine Umwelt dermassen strapaziert wie die Schweiz. Wenn in Lugano der See stinkt und dadurch die Touristen vertrieben werden, ist das ein Fall von Hunderten. Ein Buch mit dem Titel «Die Landschaftsfresser» kommt einem Notschrei für langjährigen Unverstand gleich.

So könne es nicht mehr weitergehen

Albert Steck hatte recht, als er 1886, also vor 90 Jahren, folgendes schrieb:

«Die ‚Freisinnigen‘ haben den wahren Freisinn verraten... Der Freisinn war ursprünglich gegen Aristokraten und Bürger, für den dritten Stand... Wie der alte Freisinn die politische Klassenherrschaft durch die politische Demokratie stürzte, so muss nun die Sozialdemokratie als der neue Freisinn die ökonomische Klassenherrschaft durch die wirtschaftliche Demokratie stürzen. Die Sozialdemokratie ist die Tochter des echten Freisinns, aber nicht der ‚Freisinnigen‘.»

Sachwalter des liberalen Gedankengutes

Es war Hans Tschäni vom «Tages-Anzeiger», der schrieb, das liberale Gedankengut des demokratischen Rechtsstaates werde heute am konsequentesten von den Sozialdemokraten und nicht etwa von den Freisinnigen verteidigt. Die Freiheit des Bürgers im Rahmen der sozialen Sicherheit steht für uns eben über den Privilegien einer kleinen Schicht. So wie im Strassenverkehr die «Freiheit» des rücksichtslosen Autorowdies durch Verbote eingeschränkt werden muss, damit er die vernünftigen Autofahrer nicht gefährdet, so gilt es, die Machtkonzentration in Wirtschaft und Gesellschaft einzuschränken. Das hat mit Verstaatlichung nichts zu tun, dagegen viel mit dem Wohl des Volkes. Die SP Schweiz steht zu die-

geheuer viel Sozialismus und ungeheuer wenig Leuten, die für so viel Sozialismus sind.»

Karl Marx hat Reformen, diese «miesigen Bagatellen», wie er sagte, als «Sieg des Prinzips» bezeichnet. Auf ihrem langen Marsch hat die Sozialdemokratie viele Reformen durchgesetzt. Diese haben den Kapitalismus verändert. Viele werfen uns vor, die besten Systemhalter zu sein. Die Wirtschaft läuft nur, das ist wahr, wenn die Arbeiterbewegung am Karren mitzieht. In Italien wird intensiv über den «Historischen Kompromiss» diskutiert. «Historischer Kompromiss» bedeutet doch wohl Zusammenarbeit mit dem Klassegegner. Es gibt jetzt kommunistische Parteien, die die «Diktatur des Proletariats» über Bord werfen. Die normative Kraft der Realität hat sie dazu gezwungen. Effektiv, auch wenn das bestritten wird, bestätigen sie damit den sozialdemokratischen Weg. Wir haben in diesem Moment keine Veranlassung, davon abzuweichen.

Langer Marsch auf rosa Pfoten

Die Frage stellt sich nicht: Evolution oder Revolution, sondern sie heisst richtigerweise: Reformismus oder Reaktion. «Nur auf dem Umweg über solche Zusammenarbeit», sagt Nanning, «nur auf dem langen Marsch auf rosa Pfoten durch die Institutionen, durch Koexistenz und Kooperation ist bei der unleugbaren Stärke des Kapitalismus in den entwickelten In-

... auf rosa Pfoten ...

Schweiz bei den Verhandlungen der vier Bundesratsparteien über die Legislaturziele nicht etwa eine Radikalisierung, wohl aber eine Konkretisierung der politischen Absichten einleitete. Wir lehnten eine Vereinbarung über alles und doch nichts aussagende Leerformeln ab. Das Ausmass der Übereinstimmung zwischen links und rechts war eindeutig zu gering. Uns geht es nicht um Konfliktstrategie in jedem Fall. Eine Koalition ist auf Gemeinsamkeiten angewiesen. Der Wähler aber muss umgekehrt auch echte Wahlmöglichkeiten haben. Sonst bleibt er zu Hause. Sonst hat er das Gefühl, keine Wahl der Auswahl zu haben.

Als zweite politische Sünde wurde uns angekreidet, dass wir die Zauberformel über die Zusammensetzung des Bundesrates auf den demokratischen Prüfstand gestellt haben. Beweggrund dafür war keinesfalls etwa politischer Übermut. Bestehendes wird an möglichen Alternativen gemessen. Gibt es keine Alternative, hat der Status quo seine berechnete Chance.

Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren

Wo steht die SP Schweiz heute? Jahrzehntelang gelang es einer bürgerlichen Angst-Strategie die Sozialdemokratische mehr oder weniger in die Isolation abzu drängen. Linke Forderungen wurden und werden noch regelmässig mit rechten Verdächtigungen beantwortet. Der Prügelknabe bei diesem Spiel heisst immer Staat. Die Bürgerlichen wiederholen ihre uralte Formel, die da heisst: Möglichst wenig Staat und möglichst viel freie Wirtschaft. So habe, erklären sie, die Freiheit die beste Chance. Effektiv bedeutet der bürgerliche Schlag: Die Gewinne der Wirtschaft, die Verluste dem Staat. Nicht die SP Schweiz, sondern der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund hat dazu

Feind. Und wer diesen Staat, wie das die SP Schweiz tut, verteidigt, erregt den permanenten Unwillen dieser Rechtskreise. Diese wollen, um es ganz lapidar zu formulieren, viel Staat, wenn er ihnen nützt, und wenig Staat, wenn er ihnen nicht passt. Viel Staat passt ihnen dann nicht, wenn bestehende Vorrechte nicht zementiert, sondern tangiert werden. Gewünscht ist die Konservierung der bestehenden Privilegien. Reformen ohne Revision des Bestehenden aber gibt es nicht.

Diese Rechtskreise scheuen vor keiner Verdächtigung zurück. Sie verbünden sich sogar stillschweigend mit den helvetischen Rechtsextremisten oder distanzieren sich zumindest nie von ihnen, wenn es darum geht, zuviel Macht von wenigen in mehr demokratische Rechte für viele umzuwandeln. Die Verteufelung der Mitbestimmung ist dafür lediglich der aktuellste Beweis. Diese Kreise möchten zwar den Patriotismus für sich pachten. Vor zuviel Demokratie aber haben sie Angst wie vor dem Schreckhorn. Die Wirtschaft, die ja eine Volks-Wirtschaft sein sollte, finanziert diese Geisterbeschwörung weitgehend. Sie muss aufpassen, nicht die ausserparlamentarische Opposition unserer Demokratie zu werden. Denn langfristig hat diese Politik kaum noch Zukunftschancen. Auch mit dem Rücken zur Wand wird die Vergangenheit nicht mehr Zukunft.

Keine Wundersalbe

Gleich emotionsgeladen und geistig verkrampft wird bei uns die Diskussion über die Wirtschaft geführt. Bisher begnügte sich die politische Rechte damit, Forderungen der demokratischen Linken als Staatsinterventionismus oder gar als Verstaatlichung abzublocken. Diese Wundersalbe zur Stärkung der Macht von

wird gesagt. Zu viele auf der politischen Rechten verstehen darunter, es müsse etwas geschehen, damit nichts passiere. Wenn die SP Schweiz z. B. eine durchaus eigentumsfreundliche Bodenreform vorschlägt, wird aus allen «patriotischen» Rohren auf sie geschossen, und es heisst, die Linke wolle den Boden verstaatlichen. Es heisst, die SP Schweiz wolle dem kleinen Einfamilienhausbesitzer seine hundert Quadratmeter Boden wegnehmen. Getreu nach dem CDU/CSU-Slogan «Sozialismus oder Freiheit» wird eine Bodenreform mit Verstaatlichung gleichgesetzt. So einfach machen es sich die Besitzideologen.

Wasser predigen und Wein trinken

Die gleichen Kreise, die für sich die Freiheit monopolisieren und die uns den Staatsteufel unterjubeln wollen, werden frisch und munter, wenn sie mit kommunistischen Oststaaten Geschäfte abschliessen können. In Moskau drücken sich schweizerische Wirtschaftsvertreter zu Hunderten die Türklinken gegenseitig in die Hand. Sie antichambrieren mit lustvoller Profitabsicht. Wir haben nichts gegen den Osthandel, im Gegenteil. Weltweiter Handel ist Kooperation. Und Kooperation ist besser als militärische Konfrontation. Die «Sozialpartnerschaft» zwischen den USA und der UdSSR ist die einzige friedliche Alternative zum Krieg. Aber wir haben etwas gegen die Doppelmoral. Wir haben etwas gegen Ankläger, die im Inland Wasser predigen und im Ausland Wein trinken. Wir haben etwas gegen Leute, die bei uns den Kommunischreck mobilisieren und die in Moskau Geld verdienen.

Gegen diese rechtsbürgerliche Angststrategie müssen wir offensiver, dürfen wir ruhig selbstbewusster werden. Denn

sem Volk, zu diesem Staat, zu diesem Land. Die Kontrolle der Macht entspricht dem eidgenössischen Gedankengut. Die gleichen Kreise, die alles Linke verdächtigen und bekämpfen, und die in den letzten Jahren jedem Jugendlichen, der ein kritisches Flugblättlein über die Armee verteilte, einheizten, die gleichen Kreise, die alle Unbequemten in die subversive Verdachtszone abschoben, die sich bei jeder Gelegenheit antilinks geben und zu Chile schweigen, diese gleichen Herrschaften haben ihren Brigadier Jeanmaire zu verantworten. Die SP Schweiz braucht sich von diesem Verräter nicht zu distanzieren. Jeanmaire ist weder unser Mann noch unser Fall. Vom hohen Ross herunter gefallen sind andere. Jeanmaire personifiziert auf klägliche Weise eine allzu lange offiziell tolerierte Doppelmoral. Es genügte ja, dass er gegen links patriotische Sprüche klopfte. Für diesen feinen Brigadier müssen diejenigen die Verantwortung übernehmen, die für ihn verantwortlich sind. Schon im Zweiten Weltkrieg gab es unter den Landesverrättern keine Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Das können nicht alle von sich behaupten. Auf die demokratische Linke ist Verlass, sie weiss, was sie dem Lande schuldig ist. Die uns ständig diffamieren, sollen gefälligst vor Ihrer eigenen Türe wischen.

Unheroische Kooperation

Die SP Schweiz praktiziert seit Jahrzehnten statt heroische Konfrontation unheroische Kooperation. Sogenannt ganz Linke taxieren das als Verrat am sozialistischen Gedankengut. Günther Nennung erteilt Ihnen in seinem Buch «Realisten oder Verräter?» die passende Antwort:

«Sozialdemokratie ist eine stark reduzierte Form von Sozialismus. Sie ist besser als jene ‚linke‘ Kombination von un-

dustrielländern der Fortschritt zum Sozialismus möglich.»

Fortsetzung Seite 6

Inhaltsverzeichnis

... auf rosa Pfoten ...

Wir brauchen die Standfesten, die Mutigen ...

Der Freiheit der Meinungsäusserung eine Plattform schaffen

SPS gegen Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit

Bellage zur Abstimmung vom 5. Dezember 1976 über 40-Stunden-Woche-Initiative, Preisüberwachung, Kreditbeschluss

Die gegenwärtige Entwicklung der schweizerischen Aussenpolitik
Grussadressen aus dem In- und Ausland

Resolution gegen den Rassismus
Die wichtigsten Beschlüsse des Parteitages

Der Parteitag im Spiegel der (bürgerlichen) Presse

Resolution «Befristeter Stopp im Atomkraftwerkbau»

Wichtiger verkehrspolitischer Entscheid

Ich möchte der SPS beitreten

Verantwortliche Redaktion:
Peter Graf, SPS-Pressedienst,
Pavillonweg 3, 3001 Bern, Postfach 2144

Produktion:
A. Bertschinger, Zentralsekretär

Karikaturen:
Jürgen von Thome, Basel

Druck:
Druckerei am Spisertor, St. Gallen



Der Schriftsteller Max Frisch am Parteitag 1976

Der Freiheit der Meinungsäußerung eine Plattform schaffen

Genossinnen und Genossen, bevor Sie zum Mittagessen gehen, möchte ich Sie noch aufmerksam machen auf die Tatsache, dass die Schweiz, unser Land, zurzeit in Bewegung ist — eine unauffällige Tatsache, und es wäre schon etwas geleistet, wenn wir sie auffällig machen könnten: wenn es der Öffentlichkeit bewusst würde, was in unserem Land zurzeit stattfindet, nämlich ein stetiger Abbau der demokratischen Rechte.

Erwarten Sie keine sensationelle Enthüllung!

Ein Journalist, der unter anderem untersucht und beschrieben hat, wie ein kleiner Landesverräter (zur Hitlerzeit) zum Tod verurteilt worden ist, damit gegen andere Zeitgenossen und wichtigere, solche in der Generalität, keinerlei Zweifel aufkommt — dieser bekannte Jour-

sprochen: von Offizieren und Vertretern des Militärdepartementes. Wer sonst hätte dazu etwas zu fragen? ... Das erinnert mich an eine andere Sendung unter dem Titel «Tatsachen und Meinungen»; da ging es um die Armee-Reform, und das Volk hatte die sonntägliche Gelegenheit, die Meinungen zu hören von Herrn Oberst

SPS gegen Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit

Mit Jean Ziegler wurde nur der aktuellste Fall von Repressionen gegen die freie Meinungsäußerung in einer Resolution zur Meinungsfreiheit aufgegriffen, die im Anschluss an die Rede von Max Frisch von den Delegierten mit Akklamation gutgeheissen wurde. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

über die Demokratisierung in der Schafzucht.

Was ich sagen möchte:

Öffentlichkeit scheint die Domäne der bürgerlichen Parteien zu sein. Es gibt sozialdemokratische Blätter, deren Redaktoren sich redlich bemühen: ohne die Mittel, um eine Tageszeitung oder Wochenzeitung zu machen, die wir statt der bürgerlichen Presse lesen wollen. Es fehlt das Geld. Die Partei hat es nicht. Eine Zeitung, die unser Demokratie-Verständnis zu verbreiten versucht, wird keine Zuschüsse von der Industrie bekommen, auch keine grossen Inserate, die sie zum Profit-Unternehmen machen. Die Gewerkschaften, zwar angewiesen auf ein Demokratie-Verständnis, das man sozialdemokratisch nennen darf, hätten eher das Geld, aber sie sind gebunden (selbst wenn sie den Vorzügen hätten) durch die

der Schweiz bewege sich nichts, ist eine gefährliche Täuschung: Die Schweiz bewegt sich — und sogar rapid — in Richtung auf die Restauration.

Um von Eurer Partei zu sprechen:

Sie arbeitet — und dafür verdient Hochachtung jeder einzelne —, sie arbeitet in Gemeinden, in Kommissionen, im Parlament und in der Regierung; aber sie arbeitet im Schatten der bürgerlichen Presse, ohne eine Presse, die für breite Schichten unser Demokratie-Verständnis lesbar macht von Tag zu Tag. Das heisst:

die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (und das gleiche gilt für die Gewerkschaften) zehrt von einem Erbe, von einem Demokratie-Verständnis, das Arbeiter und andere in einem kapitalistischen Jahrhundert mühsam genug geschaffen haben; ich sage: sie zehrt, sie verlässt sich darauf, dass ein politisches Bewusstsein weiter bestehe ohne eine Presse, die das Volk erreicht — und ich frage mich mit Sorge, ob Eure Partei, wenn sie weiterhin meint, ohne eine effektive Medien-Politik auszukommen, nicht den Boden unter den Füssen verliert.

Das als Frage vor dem Mittagessen.

Wir brauchen die Standfesten, die Mutigen ...

Auszüge aus der Rede von Genossin Lilian Uchtenhagen am Parteitag 1976 in Montreux

... Freiräume für Experimente — etwa in der Schul- und Bildungspolitik oder im kulturellen Bereich —, die man bereits für gesichert hielt, werden beschnitten, gesellschaftliche Entwicklungschancen verbaut. Weil das Morgen unsicher geworden ist, flüchtet man ins vermeintlich Bewährte von gestern, gewinnen repressiv-autoritäre Kräfte wieder an Einfluss. Das veränderte Klima gehört vielleicht zu den folgenschwersten Auswirkungen der Rezession.

Denn was wir heute brauchen, sind nicht Anpasser und Reaktionäre, Leute, die glauben, gesellschaftliche Probleme mit dem Rücken gegen die Zukunft bewäl-

lang für wohnlichere Städte und die Erhaltung der Umwelt eintreten, und dann plötzlich im Zeichen der Arbeitsbeschaffung Autobahnen in den Städten und eine weitere Zersiedelung unserer Landschaft bejahen. Auch darf die Krisenbekämpfung nicht einfach darauf hinauslaufen, das bisherige System wieder flott zu machen, damit es in eine neue Krise torkeln kann ...

... Ein längerfristiges Konzept bzw. eine systematische Standortbestimmung ... ist indessen nur in Bruchstücken vorhanden ...

... Dieser Zustand darf aber nicht andauern, wenn wir unsere Zielsetzungen politisch wirklich zum Tragen bringen wollen ...

Grussadressen aus dem In- und Ausland

Ezio Canonica: Der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) erinnerte an den im Verhältnis zwischen SPS und SGB historisch gewachsenen Grundsatz der unabhängigen Zusammenarbeit. Er meldete Bedenken des SGB gegenüber einer Unterstützung der 40-Stunden-Woche-Initiative der POCH durch die Partei und einer Ferieninitiative der SPS an. Aber: «Die Partei wie auch der Gewerkschaftsbund haben das Recht, in voller Unabhängigkeit die Entscheide zu treffen, die sie für richtig hal-



nalist, der auch noch anderes vor die Öffentlichkeit bringt, was ihm ungerecht erscheint und aufschlussreich, ist nicht vor den Richter gestellt worden; denn es stimmt halt, was er geschrieben hat. Hingegen ist er entlassen worden, als er über den Fürsten von Liechtenstein meinte Witze machen zu dürfen. Um genau zu sein: entlassen nicht von der Redaktion, sondern vom Zeitungsverleger gegen den Willen der Redaktion. Im übrigen ist dieser Mann durchaus frei. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, ein Grundsatz unserer Verfassung, bleibt unangetastet; nur wird die öffentliche Plattform dafür immer schmäler und schmäler. Ob der Film über die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S., in Mannheim ausgezeichnet als bester Dokumentarfilm, im Schweizer Fernsehen gezeigt wird oder lieber nicht, darüber befindet nicht der HOFER-KLUB, der Geld von der Industrie bekommt, sondern ein Gremium, ein unabhängiges, so hören wir. Ein anderer Dokumentarfilm über die schweizerischen Spanienkämpfer wurde im Schweizer Fernsehen gezeigt: ohne den Schluss; das Demokratie-Verständnis dieser alten Spanienkämpfer missfiel dem Gremium... Sie sehen, ich spreche von Bagatellen... Das Rede- und Versammlungsverbot für Ausländer, wir wissen es, hatte einmal einen guten Grund: es richtete sich gegen die Nazi-Redner, die uns gegen Juden und Demokratie aufhetzen wollten. Dieses Rede- und Versammlungsverbot für Ausländer, heute noch in Kraft, hat sich wie eine Windfahne lautlos gedreht; Ernest Mandel, der marxistische Wissenschaftler, darf nicht einreisen; man traut den Eidgenossen nicht zu, dass sie kritisch zuhören können; Herr Löwenthal hingegen, der im Zweiten Deutschen Fernsehen für Franz Joseph Strauss wirbt, ist eingereist und hat gesprochen... Wir sind, so sagt Bundesrat Furgler, kein Polizeistaat; deswegen wurde das Telefon von General Spínola nicht abgehört. So war es denn ein deutscher Journalist, der die Tätigkeit von General Spínola hier am Genfersee, Putsch gegen die Demokratie in Portugal, hat aufdecken müssen. Was Bundesrat Furgler sagt, beruhigt uns; auch wenn es im Telefon knackt, so wissen wir: In der Schweiz wird das Telefon nicht abgehört, es sei denn, jemand gehöre zu einem Komitee für demokratische Rechte in der Armee. Jedenfalls wurde der Brigadier Jeanmaire nicht abgehört. Was übrigens zu diesem Fall zu sagen ist, das wurde am Schweizer Fernsehen be-

«Der Parteitag der SPS in Montreux hat Kenntnis genommen von der Diffamierungskampagne, die in einem Teil der Schweizer Presse gegen SP-Nationalrat Jean Ziegler im Gange ist. Diese Kampagne, die auch von einem Teil der Grossfinanz unterstützt wird, ist ein weiterer Schritt zur Diffamierung und Verunglimpfung freier Meinungsäußerung und freier Kritik in unserem Lande. An Schulen, Universitäten und in Zeitungsredaktionen sind kritische Köpfe unseres Landes einem immer stärkeren Druck ausgesetzt. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz betrachtet diese Entwicklung als verhängnisvoll für unser Land. Insbesondere betrachtet sie alle Versuche, das kritische Wort zu unterbinden, als Angriff auf unsere demokratischen und freiheitlichen Traditionen, die einen Gottfried Keller und einen Heinrich Pestalozzi hervorgebracht haben. Die SPS ist der Meinung, dass es heute dringender denn je darum geht, den Freiheitsraum für kritisch denkende, sprechende und schreibende Bürger auszubauen und zu erhalten. Der SPS-Kongress in Montreux fordert die Öffentlichkeit auf, überall, wo Meinungen unterdrückt werden sollen, für die freie Meinungsäußerung einzustehen. Es ist wichtig, dass alle Organisationen der Arbeitnehmerschaft, der Kultur und der Erziehung sich für eine konsequente Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft einsetzen. Die Sozialdemokraten hoffen dabei auch auf die Unterstützung durch Persönlichkeiten, die sich in anderen Parteien freiheitlichem Denken verpflichtet fühlen.»

31. Oktober 1976.

Oswald, dem die Armee-Reform zu danken ist, von Herrn Oberstleutnant Däniker, von Herrn Oberstdivisionär Wildbolz. Um beiläufig zu vernehmen, wie die Mannschaft, die in einem gewissen Sinn auch zur Armee gehört, über die neuen Reglemente denkt, ob sie Verständnis hat und glücklich ist, zu diesem Zweck wurde zugezogen — kein Soldat, kein Korporal, sondern ein Oberleutnant, der in sympathischer Art für die Mannschaft gesprochen hat, die leider nicht selber reden kann. Das Ganze hörte sich an (als eine Sendung im Sinn der Ausgewogenheit) wie ein Gespräch von Schafzüchtern

Statut, parteipolitisch unabhängig zu sein. Diese Sachlage gilt als unabänderlich. Was ist die Folge davon? Die Sozialdemokratische Partei, immerhin die grösste Partei im Land, arbeitet fast ohne Präsenz für den normalen Zeitungsleser, der sich nicht viele Zeitungen häut, sondern eine, die ihn über alles zu unterrichten verspricht, über China und Bern, über Unglücksfälle und Verbrechen, über Sport und Kultur. Die «Neue Zürcher Zeitung» informiert besser, das ist wahr. Aber wie interpretiert sie? Auch andere Zeitungen, die sich unabhängig nennen, informieren reichhaltiger als die mittellose AZ, zum Beispiel der «Tages-Anzeiger», der die breiten Volksschichten erreicht, aber ein privates Geschäftsunternehmen ist. Dabei fehlt es nicht an guten und gründlichen Journalisten, die unser Demokratie-Verständnis vertreten möchten; es gibt Redaktionen, die der Sozialdemokratie näher stehen als ihrem Verleger. Aber wer zahlt, der befiehlt — früher oder später... Der Journalist, den ich zu Anfang erwähnt habe, ist kein Einzelfall; andere werden auf andere Art abgestellt, wenn sie sich nicht zur Selbstzensur bequemen, um arbeiten zu dürfen. Wozu das führt: die tägliche Indoktrinierung, die der Abonnent sich kauft, bleibt um so unauffälliger, als eine Gegeninformation ihn überhaupt nicht erreicht... Nun geht es nicht darum, die Inhaber der grossen Zeitungen zu verurteilen; es geht um die Frage: Haben wir eine demokratische Öffentlichkeit? Dass von drei Schweizer Bürgern nur noch einer an die Urne geht, was ein Bankrott der direkten Demokratie ist, hat allerdings verschiedene Gründe; einer davon: der Abbau der öffentlichen Kontroverse, einer wirklichen Kontroverse, meine ich, der Ausfall einer Gegeninformation in Presse und Schweizer Fernsehen führt zu einer Einschläferung, um nicht zu sagen: zu einer nationalen Verdummung, wie sie sich zeigt, zum Beispiel in der Verwerfung des Raumplanungsgesetzes, das der Nation gedient hätte. Das kann sich auch die Regierung nicht wünschen. Es geht eben nicht mit Schafzucht! — wir sind kein Polizeistaat, nein, im Vergleich mit Spanien oder mit der DDR. Aber wir sind im Begriff, die Essenz unserer Demokratie zu verludern, wenn wir (um bei der Sache zu bleiben) die Zeitungsinhaber bestimmen lassen, was wir lesen dürfen, was lieber nicht... Das Gefühl, das wir manchmal haben, das melancholische und zugleich bequeme Gefühl nämlich, in



tigen zu können. Mehr denn je brauchen wir die andern, die Standfesten, die Mutigen...

... Jene, für die Freiheit und Gerechtigkeit nicht Alternativen sind, sondern demokratische Verpflichtung. Wir brauchen, Genossinnen und Genossen, Sozialdemokraten!

... Wenn die Werte und Zielsetzungen des demokratischen Sozialismus nicht nur leere Deklamationen sind, sondern inhaltlich verstanden werden, so zeigen sie sowohl für die hochindustrialisierten wie die weniger entwickelten Länder neue Formen der Entwicklung, welche die Überwindung des heute bestehenden Interessengegensatzes ermöglichen...

... In Zukunft wird eine Besserstellung der unteren Einkommensbezüger vermehrt über die Umverteilung der Einkommen und Vermögen erfolgen müssen... Mehr Demokratie und mehr Selbstbestimmung können nur verwirklicht werden, wenn unkontrollierte Macht abgebaut und ungerichtfertige Privilegien beseitigt werden...

... Soziale Reformen nützen nicht nur uns, sie nützen auch dem Kapital... Aber jede Reform weist auch über das kapitalistische System hinaus, verbessert die Voraussetzungen für die Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus...

... Damit dieser grosse Einsatz vieler sinnvoll ist, darf er indessen nicht konzeptionslos und opportunistisch-taktierend erfolgen. So darf, um ein praktisches

Konsequenz gezogen

Aus diesen auffordernden Worten Lilliane Uchtenhagens hat der Parteitag Konsequenzen gezogen: Er liess einen Antrag der Sektion Birsfelden gut, wonach ein ausführliches Wirtschaftskonzept ausgearbeitet werden soll. Genossin Uchtenhagen dazu: Diesem Antrag «kommt meines Erachtens höchste Dringlichkeit zu».

Beispiel zu bringen, nicht jedes Mittel recht sein, wenn es um die Arbeitsbeschaffung geht. Wir können nicht Jahre-

ten.» Beide seien ausgerufen, «im Interesse aller Arbeitnehmer eine gemeinsame Richtung zu suchen, jeder auf seine eigene Weise, aber dabei dem andern Rechnung tragend».



Zola Sonkosi: Der Leiter des Antipartheid-Büros in Westberlin forderte die Schweizer auf, die rassistische Politik in Südafrika und die «demagogische, Unabhängigkeit' der Transkei» und damit «eine Verlängerung der Ausplünderung des südafrikanischen Volkes mit zu verhindern». Die Afrikaner arbeiteten in Schweizer Firmen, «wie Sulzer, Sandoz, Ciba-Geigy, Brown Boveri, Nestlé, Hofmann La Roche u. a., unter unmenschlichen Bedingungen und verdienen Sklavenlöhne unter der Armutsgrenze», erklärte Sonkosi. Er ersuchte die Partei, Beschlüsse gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid im südlichen Afrika zu verabschieden und «den gerechten Kampf des afrikanischen Volkes im südlichen Afrika aktiv zu unterstützen».



Walter Hesselbach: Der Vorsitzende des Vorstandes der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft überbrachte dem Parteitag die Grüsse der SPD und die persönlichen Wünsche Willy Brandts und Helmut Schmidts. Er definierte den sozialdemokratischen Freiheitsbegriff als eine «nie endende Alltagsaufgabe», die persönliche und gesellschaftliche Freiheit zu bewahren und zu erweitern. «Wir wollen die Freiheit der Rede und der Meinungsäußerung, die Freiheit von der Not, was in der Praxis das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit bedeutet, die Freiheit von der Furcht, was Bekämpfung von Terror, Friedenspolitik und Rüstungsbeschränkung, Humanisierung des Strafvollzugs und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit — auch am Arbeitsplatz — bedeutet. Auch deshalb sind wir für Bildungsreform und für Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen», führte Walter Hesselbach in seinem Grusswort aus.



Ivan Planells: Von den Leiden seiner politischen Freunde unter der Schreckensherrschaft der chilenischen Militärdiktatur berichtete dieser Abgesandte der Chilenischen Sozialistischen Partei in seinem schriftlich abgegebenen Grusswort.

3 x Ja: 40-Stunden-Woche Preisüberwachung Kreditbeschluss



Peter Vollmer, Mitglied der Geschäftsleitung der SPS:

JA zur 40-Stunden-Woche-Initiative



Die SPS hat an ihrem Parteikongress mit grosser Mehrheit die Ja-Parole zur 40-Stunden-Woche-Initiative, die am 4./5. Dezember 1976 zur Abstimmung kommt, beschlossen.

Die sture und arrogante Haltung eines Teils der Arbeitgeber in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, die seit jeher zu den wichtigen Anliegen der Sozialdemokratie gehört, gab den Ausschlag für die breite Zustimmung der Kongressdele-

erforscht und bewiesen. Die Statistiken zeigen eine rapide Zunahme der Herz- und Kreislaufstörungen, die immer häufiger auch zu Frühinvalidität führen. Die Eintönigkeit der Arbeit — die in wachsendem Masse auch den Menschen im Büro erfasst — und die damit zusammenhängenden seelischen Belastungen erzeugen Unlustgefühle, Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit. Durch das riesige Anwachsen der Produktionszahlen bei Beruhigungsmitteln und schmerzstillenden Tabletten wird dies zur Genüge bewiesen.

Vertraute Töne

«Ein 10stündiger Normalarbeitstag nach dem Sinne der Sozialisten wäre für die Schweiz geradezu ein Landesunglück und würde besonders den Exportindustrien, welche dem Land relativ am meisten eintragen, an den Lebensnerv gehen.»

Nationalrat Ed. Sulzer-Ziegler an der Generalversammlung des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller (1890)

In einem bereits 1959 erschienenen Gutachten des Max-Planck-Institutes für Arbeitspsychologie wird festgehalten: «Auf die Dauer scheint die bei der 45-Stunden-

Wochen-Arbeitszeit, mit Schwarzmalerei der Ruin der schweizerischen Wirtschaft prophezeit wird. Wäre das Schweizervolk immer diesen Stimmungsmachern gefolgt, hätten wir weder eine gut funktionierende AHV noch andere bedeutende Sozialwerke, auf die wir heute stolz sind. Die Schwarzmalereien haben sich jeweils als reine Zweckpropaganda erwiesen: bis heute ist in der Wirtschaftsgeschichte noch keine ökonomische Krise bekannt, die durch Arbeitszeitverkürzung verursacht worden wäre.

Überall und zu jeder Zeit vernahm man die lebhaftesten Befürchtungen über die Schwächung der einheimischen Industrie in ihrer Konkurrenz mit dem Ausland, ja die allerentschiedensten Prophezeiungen vollständiger Zerstörung der Wirtschaft. Überall aber hat die Erfahrung bewiesen, dass die Befürchtungen unbegründet waren, dass, was zum Schutze gesunder Entwicklung und besserer Bildung der Kinder, zur Schonung der Arbeitskraft geschehen war, nicht zur Schwächung, wohl aber zur Stärkung der Industrie und der Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit ausschlug.

Die «Mängel» der Initiative

Die SPS übersieht nicht, dass die Initiative mit den Übergangsbestimmungen

Die Volksinitiative «zur Einführung der 40-Stunden-Woche»

Die Volksinitiative verlangt die Aufnahme folgender neuer Bestimmung in die Bundesverfassung:

Art. 34octies

«Die ordentliche Arbeitszeit darf 40 Stunden in der Woche nicht überschreiten.

— Übergangsbestimmung: Die neue Vorschrift tritt ein Jahr nach ihrer Annahme in der Volksabstimmung in Kraft. Die Gesetzesbestimmungen, welche die Höchstdauer der wöchentlichen Arbeitszeit betreffen, gelten auf diesen Zeitpunkt hin als entsprechend geändert.»

Die Delegierten der SPS haben an ihrem Parteitag in Montreux vom 30./31. Oktober 1976 mit 404:177 Stimmen beschlossen, der Einführung der 40-Stunden-Woche zuzustimmen.



Die Herabsetzung der Arbeitszeit bedeutet eine Erhöhung der Freizeit und der Lebensqualität. Die Initiative entspricht deshalb einer berechtigten Forderung der Arbeiterschaft. Darüber hinaus ist eine Arbeitszeitverkürzung ein Mittel zur längerfristigen Sicherung der Vollbeschäftigung. Gerade heute gefährdet zudem eine Arbeitszeitverkürzung in keiner Weise unser Bestreben, den übermässigen Zuzug von Fremdarbeitern als billige Arbeitskräfte und Lohnrücker zu verhindern.

Die 40-Stunden-Woche soll beitragen, allen Arbeitnehmern ihren längst fälligen Anteil am technischen Fortschritt zu sichern.

Arbeitszeitverkürzung im Interesse unserer Gesundheit

Die zunehmende Arbeitsintensivierung verursacht schwerste körperliche und psychische Belastungen. Die Konsequenzen der Arbeitsintensivierung sind heute durch wissenschaftliche Untersuchungen

Woche bevorzugte 5x9-Lösung höchst bedenklich, vor allem bei Frauenarbeit. So sehr man Verständnis haben kann für wirtschaftliche Zweckmässigkeiten, so wenig kann man darin als Mediziner und Arbeitstechniker mehr als eine Übergangslösung sehen.»

Zwischen Arbeitsdauer, Ermüdung und Unfallhäufigkeit besteht ein nachweisbarer, direkter Zusammenhang. Von 1958 bis 1974 sind in der Schweiz insgesamt 7627 Menschen bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen. Dabei ist hervorzuheben, dass heute in der Schweiz nur noch 10 % aller Betriebsunfälle auf technische Mängel zurückzuführen sind.

40-Stunden-Woche-Initiative: Rosskur für die Wirtschaft?

Noch nie in der langen Geschichte der Arbeiterbewegung ist eine massive Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf Verständnis bei den Arbeitgeberverbänden gestossen.

Es gehört offensichtlich zur Tradition, dass bei allen sozialpolitischen Forderungen, so damals auch bei der Einfüh-

grosse Anstrengungen der Arbeitnehmerorganisationen notwendig machen wird.

	1962	1971	1974
Industrielle Produktion Beschäftigte	100	159,0	172,0
Arbeiter Geleistete	100	95,6	88,8
Arbeiterstunden	100	90,2	80,4
Arbeitsproduktivität (= Prod. je Arbeiterstunde)	100	177,1	213,2

Quelle: «Wirtschaft und Statistik», 4/1972, 2/1975, 4/1975.

damit Anpassungsschwierigkeiten und «Strukturbereinigungen» nicht auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden können. Vergessen wir aber nicht: In diesem Abstimmungskampf gilt es, ein Zeichen für die grundsätzliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu setzen und gemeinsam bürgerlichen Scheinargumenten entgegenzutreten.

Darum unterstützt die SPS die 40-Stunden-Woche-Initiative mit der Ja-Parole!

Warum die Typographen die 40-Stunden-Woche-Initiative unterstützen

Einstimmig beschloss die ausserordentliche Delegiertenversammlung die Ja-Parole.

Einstimmig wurde beschlossen, für den neuen Gesamtarbeitsvertrag 1977 die Verankerung der 40-Stunden-Woche ohne Lohneinbusse zu verlangen.

Arbeitslosigkeit und tiefgreifende technische Veränderungen gestatten es nicht, die als minimal geltende Forderung noch weiter hinauszuschieben.

Zwischen 200 bis 400 arbeitslose Mitglieder im letzten Halbjahr — die Zahl wäre noch grösser, wenn nicht etliche Berufsleute den Beruf wechselten.

Nach erfolgreichem Lehrabschluss 1975 gibt es Berufsleute, die bis heute noch keine Stunde auf ihrem Berufe arbeiteten. Ohne Berufserfahrung wird eine Anstel-

lung immer schwieriger. Neue, ausländische Fabrikationssysteme werden eingeführt, die ausländischen Arbeitszeiten aber ignoriert.

In nahezu sämtlichen Ländern (Ausnahmen sind Israel, Indien, Kolumbien, Mauritius, Südafrika) arbeiten die Typographen weniger als bei uns.

Die Internationale Grafische Föderation empfiehlt den angeschlossenen Verbänden, die 35-Stunden-Woche zu fordern. Dies ist keine utopische Richtlinie, da wegen der Gefährdung der Arbeitsplätze durch die neuen Produktionstechniken in verschiedenen Ländern die Gewerkschaften schon nahe an diesem Ziele sind oder in Teilgebieten verwirklicht haben.

Das Produktionstempo steigt, die Ansprüche an die Konzentration steigen —

deshalb muss auch die Erholungszeit steigen.

In der Hochkonjunktur waren die Arbeitgeber gegen die Arbeitszeitverkürzung. Argument: noch vermehrt ausländische Arbeitskräfte. Heute haben wir Arbeitslose, also gelten diese Argumente nicht mehr.

Die Arbeitslosigkeit wurde vielerorts eingeführt — in Form der Kurzarbeit. Der ausfallende Lohn wurde zum Teil von der Arbeitslosenkasse, welche die Arbeitnehmer finanzierten, entschädigt. Wir verlangen eine echte Arbeitszeitverkürzung.

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Die Schweiz hat nahezu die höchsten Arbeitszeiten. Da stimmt etwas nicht, wir können eine Arbeitszeitverkürzung verkräften, und zwar raschmöglichst.

Die 40-Stunden-Woche: Ein altes Postulat der SPS und der Gewerkschaften

Alt Bundesrat Max Weber am Luzerner Gewerkschaftskongress im Jahre 1930: «Die Verkürzung der Arbeitszeit ist notwendig, vor allem einmal die strikte Anwendung der 48-Stunden-Woche, dann aber darüber hinaus eine Verkürzung auf 44 oder 40 Stunden.»

1933: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund nimmt die normale Arbeitswoche von 40 Stunden in der Industrie als Zielsetzung in sein Aktionsprogramm auf.

1935: Die internationale Arbeitskonferenz verabschiedet ein Übereinkommen, das die 40-Stunden-Woche empfiehlt.

1975: Im Sofortprogramm zur Bekämpfung der Rezession und ihrer Auswirkungen, das vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund und von der SPS veröffentlicht wurde, wird unter «Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit» in Punkt 8 ausdrücklich die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erwähnt.

Juni 1975: Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften stimmt einer Empfehlung seiner Mitgliedstaaten zu, die 40-Stunden-Woche bis spätestens Ende Dezember 1978 einzuführen. Dazu Nationalrat Walter Renschler: «Es handelt sich hier übrigens nicht um eine so unverbindliche Empfehlung, wie es der Bundesrat in seiner Botschaft behauptet.»

40-Stunden-Woche gesetzlich verankert haben

Finnland
Luxemburg
Norwegen
Österreich
Schweden

40-Stunden-Woche auf vertraglichem Weg in gewissen Wirtschaftsbereichen

u. a. in
Belgien
Bundesrepublik Deutschland
Grossbritannien

Laut einer Untersuchung des internationalen Arbeitsamtes, die kürzlich aufgestellt wurde, hat sich im öffentlichen

Dienst die 40-Stunden-Woche in der Mehrzahl der Länder durchgesetzt, insbesondere in den westlichen Staaten, jedoch mit Ausnahme von Frankreich und der Schweiz.

Das soll jetzt anders werden — mit einem Ja für die 40-Stunden-Woche-Initiative.

Rechte Borniertheit

Die «Weltwoche» versteht die SP-Welt nicht mehr. Die Zustimmung des Parteitages zur 40-Stunden-Woche hat ihr die gute Laune verdorben. Nur so ist die Frage von Ueli Kägi in der «Weltwoche» vom 3. November 1976 zu verstehen: «Wird die SPS aus dem politischen Arm der Gewerkschaften zum Spielzeug der POCH?»

Der Autor reagiert nicht zum erstenmal seine eigene unbewältigte politische Vergangenheit auf dem Buckel der SPS ab. Nachdem Ueli Kägi früher selber extrem links stand, bevor er sich rechts von der Mitte angesiedelt hatte, haben wir für sein permanentes Bestätigungsbedürfnis einiges Verständnis. Wir sind allerdings nicht bereit, Kägis neu gewonnene Erkenntnisse als einzig mögliches politisches Mass anzuerkennen.

Wer aus dem Parteitagsbeschluss mehr herausliest als ein Ja zu längst bekannten Grundsätzen, negiert die innerparteiliche Demokratie der SPS. Ein Ja zu einem Grundsatz bedeutet weder Selbstaufgabe noch Selbstbeschränkung in der eigenen Handlungsfreiheit. Das Gegenteil ist richtig. Nur eine Partei, die ein gesundes Selbstbewusstsein hat, geht das Risiko ein, in einer ihr nicht immer günstig gesinnten Umwelt missverstanden zu werden. Ein Beschluss der SPS fordert neben Zustimmung auch Ablehnung heraus. Das ist normal, und das sind wir gewöhnt. So verstehen wir auch die Demokratie. Keine Partei muss sich aber Interpretationen unterschieben lassen, die ein gefährliches Ausschlussdenken verateten. Wir lehnen nicht nur die linke Arroganz, sondern ebenso die rechte Borniertheit ab. So gesehen, geben wir die Verdächtigungen der «Weltwoche» mit Gelassenheit zurück. Wir nehmen diese nicht an und lassen sie uns nicht gefallen.

Nationalrat Hans Schmid, St.Gallen:

Ja zur Preisüberwachung — Ja zum Kreditbeschluss



Im Dezember 1972 — wir hatten damals Inflationsraten von acht und mehr Prozent — hat die Bundesversammlung unter anderem zwei dringliche Bundesbeschlüsse, die sich nicht auf die Bundesverfassung stützen konnten, verabschiedet: einen Kreditbeschluss und einen Preisüberwachungsbeschluss. Beide bezweckten die Bekämpfung der Teuerung. Im Dezember 1973 haben Volk und Stände diese Beschlüsse mit grossen Mehrheiten gutgeheissen. Da sie aber zeitlich befristet waren, stellte sich 1975 die Frage der Verlängerung. Der Bundesrat hat diese Frage bejaht und dem Parlament entsprechende Vorlagen unterbreitet. Dieses hat der Verlängerung mit einigen Änderungen gegenüber den Beschlüssen

Was ist der Kreditbeschluss?

Ein Mittel zur Steuerung der Konjunktur im Bereich des Geld- und Kreditwesens.

Welche Mittel stehen zur Verfügung?

Mindest Guthaben: Gelder werden

Der Kreditbeschluss

will die Teuerung durch die Regulierung der Geldmenge bekämpfen. Was heisst das? Nehmen wir an, es lege jemand 1000 Franken auf die Bank. Diese behalte 200 Franken in der Kasse und leihe die restlichen 800 Franken als Baukredit an einen Familienvater aus, der ein Einfamilienhaus baut. Er bezahlt damit Bauhandwerker. Diese lassen sich die entsprechenden Beträge auf ihrem Konto bei dieser oder einer anderen Bank gutschreiben. Diese erneute Einlage veranlasst die Bank, wiederum Kredite zu gewähren, etwa an einen jungen Mann, der sich

Eine niedrigere Inflationsrate im Inland

Ist von grösster Bedeutung. Sie gleicht wenigstens teilweise die Nachteile der massiven Frankenaufwertung aus, insbesondere für unsere Exportwirtschaft. Die Teuerung im Inland kann auch dadurch tief gehalten werden, indem die Kursvorteile von eingeführten Waren an die Konsumenten in Form von Preissenkungen weitergegeben werden. Deshalb: Ja zur Preisüberwachung.

einen rassigen Sportwagen kaufen will. Der Autohändler bringt die vereinnahmten Mittel wenigstens teilweise wieder auf die Bank, so dass diese erneut Kredite erteilen kann. Aus der ursprünglichen Einlage von 1000 Franken wird somit in kurzer Zeit ein Mehrfaches.

Es leuchtet ein, dass die ursprünglichen 1000 Franken nur eine vereinfachte Annahme darstellen. In Wirklichkeit geht es natürlich um Millionenbeträge, die in der geschilderten Art zirkulieren. Entspricht dieser Geldmengenausweitung aber nicht eine gleich starke Ausweitung des Angebotes an Gütern und Dienstleistungen, so steigen die Preise. Dass die

Mancher wird sich fragen, ob ein solcher Kreditbeschluss heute wirklich notwendig ist. Wäre es nicht vielmehr geradezu im Interesse der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, wenn mehr Geld in den Kreislauf käme, dadurch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen angeregt und neue Arbeitsplätze geschaffen würden? Diese Frage ist völlig berechtigt, und in der Tat versucht der Bund auch, durch spezielle Arbeitsbeschaffungsprogramme in dieser Richtung zu wirken. Den Kreditbeschluss hat er in den letzten Jahren kaum mehr angewendet. Wir brauchen ihn aber trotzdem. Er muss nämlich zur Verfügung stehen, sobald sich ein neuer Boom mit entsprechender Teuerungswelle abzeichnen beginnt. Weil wir zu Beginn der siebziger Jahre keinen Kreditbeschluss hatten, standen die Bundesbehörden der Teuerung weitgehend machtlos gegenüber. Als dann im Dringlichkeitsverfahren entsprechende Instrumente bereitgestellt wurden, musste mit ihnen so stark auf das Bremspedal getreten werden, dass sich daraus zwangsläufig Erschütterungen ergaben. Das soll Inskünftig vermieden werden. Bundesrat und Nationalbank sollen ermächtigt und verpflichtet werden, die ihnen durch den Kreditbeschluss zur Verfügung zu stellenden Instrumente so dosiert und differenziert anzuwenden, dass zwar die Teuerung von der Geldseite her bekämpft wird, dass aber der Familienvater, der sich ein Einfamilienhaus bauen will, das trotzdem tun kann, weil die Banken in vernünftigen Rahmen Kredite gewähren können und weil es wegen des Kreditbeschlusses nicht mehr nötig ist, die Notbremse zu ziehen.

Die Preisüberwachung

will im wesentlichen ungerechtfertigte Preiserhöhungen verhindern oder nötigenfalls rückgängig machen. Sie will auch Preissenkungen veranlassen, soweit sie gerechtfertigt sind. Das würde etwa der



Der Preisüberwacher muss am Ball bleiben!

führt wurde. Diese an sich begrüssenswerte Vereinfachung wurde leider vereinzelt zu übersetzten Preisanhebungen missbraucht. Ähnliche Gefahren für die

Preiserhöhung gerechtfertigt ist, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, es mit der Preisüberwachung zu tun zu bekommen.

Dank Preisüberwachung und Kreditbeschluss ist es gelungen, die Konsumentenpreise tief zu halten. Die untenstehende Statistik beweist es.

Jahr	Indexstand	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent
------	------------	---

Aus nebenstehender Statistik könnte geschlossen werden, die Preisüberwachung sei überflüssig, denn es gebe ja keine nennenswerte Teuerung mehr in der Schweiz.

Sicher ist die Teuerung momentan niedrig. Aber: Aus der Tatsache, dass der jährliche Anstieg des In-

vorübergehend aus dem Verkehr gezogen.
Kreditbegrenzung: Die Zuwachsraten inländischer Kredite wird begrenzt.
Emissionskontrolle: Ermöglicht die Genehmigungspflicht inländischer Schuldverschreibungen (Aktien, Genussscheine u. a.).

Zurzeit ist keines dieser Instrumente von praktischer Bedeutung, weil die Konjunktur so verläuft, dass keine besonderen steuernden Massnahmen nötig sind. Das schliesst aber nicht aus, dass inskünftig neue Währungsunruhen entstehen. Für diesen Zeitpunkt sollen Bundesrat und Nationalbank gewappnet sein, um rechtzeitig handeln zu können. So kann auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens gegen die Teuerung gekämpft werden.

von 1972 zugestimmt. Da aber das Volk 1973 nur befristete Vorlagen angenommen hat, ist jetzt eine neue Volksabstimmung notwendig, die am 5. Dezember stattfinden wird.

Teuerung jeden von uns sehr schmerzhaft treffen kann, werden alle jene bestätigen, deren Löhne wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Arbeitgeberfirmen in den letzten Jahren nicht mehr der Teuerung angepasst werden konnten.

Wir haben daher alles Interesse daran, die Inflation zum Verschwinden zu bringen oder doch zu verhindern, dass Teuerungsschübe, wie wir sie in den ersten siebziger Jahren erlebt haben, sich wiederholen. Dazu will der Kreditbeschluss einen Beitrag leisten. Er tut das, indem er den Bundesrat und die Nationalbank ermächtigt, die Banken in ihren Kreditgewährungsmöglichkeiten zu beschränken. Dies geschieht dadurch, dass die Banken verpflichtet werden können, einen bestimmten Teil ihrer Einlagen auf einem Konto bei der Nationalbank zu halten. So werden diese Mittel stillgelegt und können daher nicht mehr zu Kreditgewährungszwecken verwendet werden. Noch wirksamer ist die im Kreditbeschluss enthaltene Befugnis, Kreditgewährungen der Banken nur im Rahmen einer bestimmten höchstzulässigen Zuwachsraten zu erlauben.

Was bringt der Preisbeschluss?

— Überwachung der Preise von Waren und Dienstleistungen, jedoch nicht von Löhnen und Gewinnen.
Herabsetzung von Preisen, die künstlich hochgehalten werden, wenn Wechselkursvorteile von den Händlern nicht an die Konsumenten weitergegeben werden.
Pflicht, die wirklichen Detailpreise auf den Waren- und für Dienstleistungen anzugeben.

Fall sein, wenn wegen des hohen Frankenkurses verbilligt importiert werden kann. Der Preisüberwachungsbeschluss soll mithelfen, dass diese Verbilligungen auch wirklich an die Konsumenten weitergegeben werden und nicht bloss den Händlern als Margenverbesserungen zugute kommen. Wie notwendig eine Preisüberwachung ist, haben wir auch feststellen müssen, als im Gastwirtschaftsgewerbe das «Service inbegriffen» einge-

1968	106,1	—
1969	108,8	+ 2,5
1970	113,7	+ 4,5
1971	121,3	+ 6,7
1972	129,5	+ 6,8
1973	140,2	+ 8,3
1974	156,1	+11,3
1975	164,5	+ 5,4
1976	166,0	+ 0,9

Konsumenten können sich bei einer allfälligen Einführung der Mehrwertsteuer ergeben. Der besseren Übersicht der Konsumenten dient ferner die im Preisüberwachungsbeschluss vorgeschriebene Anschreibepflicht von Warendetailpreisen. Daraus ergibt sich, dass der Konsument vom Bestehen einer Preisüberwachung nur profitieren kann.
Interessenorganisationen, wie der Schweizerische Gewerbeverband, der Arbeitgeberverband und der «Vorort» des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, haben allerdings keine Freude an der Preisüberwachung. Die Unternehmer müssen nämlich vorher überlegen, ob eine

dexes der Konsumentenpreise unter ein Prozent gesunken ist, dürfen keine voreiligen Schlüsse gezogen werden. Das Preisniveau in der Schweiz sollte beim jetzigen hohen Kurs des Frankens und nach den eingetretenen Zinssatzermässigungen eigentlich als Ganzes nicht mehr steigen, sondern auf gleicher Höhe bleiben oder gar leicht zurückgehen. Auch im Blick auf das Angebot an Arbeitsplätzen ist Wachsamkeit geboten. Fällt die Preisüberwachung weg, fehlt das Instrument der Wachsamkeit.

Es ist anzunehmen, dass schon deshalb manche Preiserhöhung unterbleibt. Das ist wichtig, weil — entgegen einer weit verbreiteten Vorstellung — in unserem Lande ein beachtlicher Teil der Wirtschaft monopolisiert und daher die Gefahr ungerechtfertigter Preiserhöhungen besonders gross ist. Diese wenigen Hinweise sind Grund genug zu einem entschiedenen Ja am 5. Dezember.

Preistreiber sollen es auch künftig schwer haben – Preisüberwachung

JA

Ansprache von Bundesrat Pierre Graber

Die gegenwärtige Entwicklung der schweizerischen Aussenpolitik

Die schweizerische Aussenpolitik befindet sich in voller Entwicklung. Es scheint, dass sich die öffentliche Meinung endlich nach und nach dieser Tatsache bewusst wird, die die Zaghafte erschreckt und die Ewiggestrigen aufregt, weil sie ihr nicht ins Auge sehen wollen. Aber sie ist da, ein für allemal, ob wir es wollen oder nicht, denn sie entzieht sich unserem Einfluss.



Es ist klar, dass unser Land den grossen Strömungen, die über die Welt hinwegziehen, nicht entrinnen kann. Dies lässt sich in der Entwicklung seiner Aussenpolitik während der vergangenen dreissig Jahre ablesen, wo man drei hauptsächliche Phasen unterscheiden kann.

Die Zeit der Konsolidierung (1945—1960)

Von 1945 bis 1960 musste unser Land seinen Weg inmitten einer in ihren Grundfesten erschütterten Welt finden, die sozusagen ohne Zwischenstufe vom eigentlichen Krieg zum kalten Krieg überging. Im Moment, wo die Waffen verstummten,

Ein anderes Zeichen der internationalen Stärkung der Schweiz war die kurz zuvor erfolgte Normalisierung unserer Beziehungen zur Sowjetunion gewesen. Alle diese Änderungen fanden bald ihren Niederschlag in der Maxime «Neutralität und Solidarität». Hier drängt sich eine Bemerkung auf: So neu sie auch waren, so reichten sich diese Begriffe doch noch in den Rahmen der traditionellen internationalen Beziehungen ein, die stark auf Europa und Amerika ausgerichtet waren, in einer Welt, die trotz des Ost-West-Konflikts nach wie vor von einem durch und durch klassischen Völkerrecht bestimmt wurde.

Europäischer Aufbruch

Dieser Phase der Konsolidierung folgte seit dem Beginn der sechziger Jahre eine Periode des europäischen Aufbruches. Nachdem unser Land die Aufrechterhaltung seiner wichtigsten wirtschaftlichen Interessen einmal gesichert und seine Neutralität gestärkt hatte, beschloss es, sich intensiver als bis anhin an den Aktivitäten der europäischen Institutionen zu beteiligen. So unternahm die Schweiz im Jahre 1962 eine erste Demarche, um mit dem im Entstehen begriffenen Gemeinsamen Markt in Verhandlungen zu treten, und im folgenden Jahre entschloss sie sich, dem Europarat beizutreten. Diese Initiativen entsprachen in ihrer Logik der Kontinuität der früheren Schritte; sie zeichneten sich durch die gleiche Vorsicht in der Gangart aus wie jene und durch die gleiche Anlehnung an die traditionellen Begriffe des Völkerrechts.

Weltweite Interdependenz

Unterdessen war die Welt indessen in das Stadium der Dekolonisierung mit allen ihren ungeheuren Auswirkungen getreten, die gerade in jenen Jahren ihrem Höhepunkt zustrebten. Die internationale Gesellschaft mit ihren auf europäische Gehirne zugeschnittenen Normen und Methoden, von klassischer Kultur genährt und von Liberalismus getränkt,

handelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften abschlossen. Wir haben den Atomsperrvertrag unterzeichnet sowie eine ganze Reihe von Abkommen über Waffenkontrolle, denn Abrüstung wäre wohl zu viel gesagt. Schlussendlich sind wir Vollmitglied der Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit geworden, und dies trotz des schweren Handicaps, welches die Schweiz auf dem heute so vordringlichen Gebiet der öffentlichen Entwicklungshilfe aufweist, als Folge einer öffentlichen Meinung, die noch am Rande der Realitäten der heutigen Welt lebt.

Gegen den Strom

Man darf sich in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeben. Dieses anfängliche Handicap wird noch lange weiterbestehen. Es ist sogar zu befürchten, dass uns die grössten Schwierigkeiten erst noch bevorstehen. Wenn nämlich die Nord-Süd-Konferenz einige Resultate zeitigt, dann wird darunter fast mit Sicherheit die Entwicklungszusammenarbeit figurieren. Einwände oder gar die Weigerung, uns selbst auf diesem Wege zu engagieren, trügen nicht nur das Risiko in sich, dass wir uns ins Lager der Gegner jener Staaten begeben, denen eine solche Zusammenarbeit zugute kommen soll, sondern wir würden uns auch in Gegensatz zu unseren industrialisierten Partnern stellen, die selbst durchaus bereit sind, den Anteil ihrer öffentlichen Hilfe wesentlich zu erhöhen. Die Abstimmung vom vergangenen Juni hat uns zweifellos zu einem Land gemacht, das gegen den Strom schwimmt, und zwar nicht nur in bezug auf die Dritte Welt, sondern auch gegenüber den Industrieländern.

Binsenwahrheiten

Die Entfaltung unserer diplomatischen Aktivitäten nach allen Himmelsrichtungen setzt natürlich die permanente Unterstützung durch die öffentliche Meinung voraus. Information ist daher notwendiger denn je, sei es direkt oder über das

mension, der wahre Wert und die wahre Bedeutung der Probleme sind politischer Natur.

Voraussicht war da

Auch wenn man in Rechnung stellen kann, dass sich der Vorrang der Politik manchmal im einen oder andern Land abgeschwächt hat, dessen Unabhängigkeit alt und dessen Identität gut etabliert ist, so verhält es sich doch im Falle derjenigen Länder ganz anders, wo die nationale Emanzipation erst kurze Zeit zurückliegt. Die Dritte Welt besteht aber vorwiegend gerade aus solchen Ländern. Dies zeigt übrigens, dass der politische Durchbruch, den wir vor drei Jahren in Richtung Naher Osten unternommen haben, und die Entwicklung unserer Handelsbeziehungen mit den arabischen Staaten heute auf viel grössere, ja vielleicht unüberwindliche Hindernisse stossen würde. Es ist zumindest merkwürdig, wenn man feststellen muss, dass die gleichen Kreise, die uns damals kritisiert haben, uns heute einen Mangel an Mut vorwerfen. Es ist ferner amüsant zuzusehen, wie diejenigen, die vom Staat mehr Dynamismus und grössere Aktivität verlangen, ihm gleichzeitig die dazu nötigen Mittel vorenthalten. Parteipolitische Überlegungen sind zweifellos die Ursache solcher Inkonsequenzen.

Neuordnung der Beziehungen

Auf multilateraler Ebene sind die Verhältnisse nicht anders als im bilateralen Bereich. So hat die Pariser Konferenz zwischen einigen Staaten des Nordens und einigen des Südens, auch wenn sie sich auf der technischen Ebene mit Problemen wie Rohstoffe, Energieversorgung, Verschuldung und Inflation zu beschäftigen scheint, doch im Grunde die Neuordnung der politischen Beziehungen zwischen den Industrieländern und der übrigen Welt, das heisst zwischen reichen und armen Völkern zum Ziel. Man muss blind sein, um nicht einzusehen, dass davon über kurz oder lang der Weltfrieden abhängt. Weil wir an den Vorrang einer politischen Aussenpolitik vor einer simplen Verwaltung der internationalen wirtschaftlichen

Angelegenheiten glauben, stossen wir in der öffentlichen Meinung oft auf Unverständnis oder gar Feindschaft. Im Gegensatz zu Wirtschaftsfragen haben die politischen Werte weit weniger Interessenvertreter, von «pressure groups» schon gar nicht zu reden. Daher ist der aktive Einsatz der politischen Kräfte dieses Landes, die diesen Vorrang einsehen, absolut notwendig, wenn wir wollen, dass die Erfolge, welche unsere Diplomatie bereits erzielt hat, weitergeführt werden. Darin sehe ich den Beitrag jener, die sich als Fortschrittliche empfinden. An diesem Werk können sie mitarbeiten, unter der Voraussetzung, dass sie weise genug sind, um im Rahmen der Wirklichkeit zu bleiben, in der Welt des Konkreten und nicht in abstrakten Theorien. Wir haben, Ihr habt in diesem entscheidenden Spiel, das schon begonnen hat, eine unersetzliche Rolle zu übernehmen. Es geht um unseren Platz in der Welt, was soviel heisst wie: Es geht um unsere Zukunft.

Resolution gegen den Rassismus

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat anschliessend an die Rede des Leiters des Antipartheidbüros in Westberlin, Zola Sonkosi, eine Resolution zur Unterstützung des Volkes von Zimbabwe gutgeheissen. Diese hat folgenden Wortlaut:

«Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz wendet sich anlässlich ihres Parteitagess 1976 an die Delegierten des Volkes von Zimbabwe an der Genfer Konferenz:

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist schon immer gegen jeden Rassismus und für die Selbstbestimmung aller Völker aufgetreten. Sie sichert darum den Delegierten der schwarzen Mehrheitsbevölkerung Zimbabwes an der gegenwärtigen Konferenz in Genf ihre Solidarität zu und gibt der Erwartung Ausdruck, dass die Rassendiskriminierung im südlichen Afrika bald zu Ende sein wird. Die SP Schweiz wendet sich gegen alle Kräfte in unserem Lande, die im Dienste ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen die Befreiung verzögern wollen.»

Der SPS-Parteitag im Spiegel der (bürgerlichen) Presse

waren sowohl unsere Neutralität und die Immunität, die uns geholfen hatten, als auch die Prosperität, die daraus hervorgegangen war, verdächtig und isolierten uns von unseren Nachbarn und Partnern. Wir mussten daher zuerst Beweise zur Wiedererlangung unserer internationalen Vertrauenswürdigkeit liefern.

Bald waren wir indessen in der Lage, in zwei entscheidenden Bereichen konkrete Beweise unserer Disponibilität zu geben: Einerseits haben wir uns seit 1947 am grossen Werk des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft beteiligt, das zur Schaffung der OEEC — inzwischen zur OECD geworden — geführt hat. Im Rahmen dieser Organisation, die zur Keimzelle der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der industrialisierten Welt wurde, haben wir uns überdies für eine sehr offene Handelspolitik einsetzen können, die uns den Zugang zu den Weltmärkten trotz den im Währungssektor weiter bestehenden Schwierigkeiten garantierte. Andererseits gelang es uns, zur Sicherung unserer Stellung in der neuen internationalen Gesellschaft, eine Verständigung mit der Welt der Vereinten Nationen zu finden. Die Schweiz musste seinerzeit darauf verzichten, sich in dieses System zu integrieren, weil es mit der damaligen Auffassung unserer Neutralität wie auch mit dem Buchstaben der Charta unvereinbar schien, die als ein Mechanismus der kollektiven Sicherheit empfunden wurde. Es gelang der Schweiz immerhin, ihre Teilnahme in allen Spezialorganisationen, mit Ausnahme der politischen Tätigkeit der Organisation, sicherzustellen. Paradoerweise war das äussere Symbol dieser besonderen Verständigung das Sitzabkommen mit der Uno, das vor genau dreissig Jahren unterzeichnet wurde.

Grussadressen aus dem In- und Ausland

Miguel Sanchez-Mazas: Dieser Delegierte der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (P.S.O.E.) bezeichnete in einer an die Presse verteilten Grussbotschaft seine Partei als die «fundamentale Achse, um die sich alle anderen politischen Parteien gruppieren». Er versicherte, dass die spanischen Sozialisten ihren Kongress in Madrid trotz dem von den «Ultras» aus dem Lager des verstorbenen Generals Franco erwirkten Durchführungsverbot abhalten werden.

sah sich mit einem Male herausgefordert und bald auch überholt. Sie musste sich innerhalb einer extrem kurzen Zeit an eine vollkommen neue, universelle Vision der Dinge gewöhnen. Sie musste vor allem in neue und schlecht erforschte Regionen vordringen, um jenen grossen Partner zu treffen, der bald unserer Diplomatie ihre heutige Dimension geben sollte, die Dritte Welt.

Man hätte befürchten können, dass sich eine in sich selbst abgekapselte Welt dem Entstehen dieser neuen Völker im internationalen Leben verschliessen würde. Man hätte sich auch denken können, dass das Ende des kalten Krieges, oder genauer gesagt, das seit der Mitte der sechziger Jahre feststellbare Tauwetter, vor allem in Europa Reaktionen der Instabilität zur Folge haben könnte, die negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz haben würden.

Nichts davon geschah. Unser Land hat sich im Gegenteil bemüht, sich an diese Entwicklung, an diese grosse internationale Umstellung zu gewöhnen, und sie — wenn dies möglich war — zu beeinflussen. Sie bemühte sich dabei, sich so wenig wie möglich von den Organisationen, den Konferenzen und den Initiativen zu entfernen, die mehr und mehr die zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmen sollten.

Dies gilt vor allem für die Bereiche der Wirtschaft und des Handels, wo wir uns ohne Schwierigkeiten ins entstehende multilaterale System integriert haben, ein System, welches am besten in der Lage war, gleichzeitig die Interessen aller am internationalen Handel zu garantieren, vorab die Interessen der kleinen Staaten. Das gleiche gilt auch für die politischen Organisationen, deren Aktivitäten wir genau verfolgten, auch wenn wir uns nicht direkt daran beteiligen konnten. Wir haben versucht, uns dort so weit wie nur möglich zu engagieren, wenn immer uns unser Gewissen und unsere wohlverstandenen Interessen dies nahelegten.

So haben wir zum Beispiel unser Interesse an einem Beitritt zur Uno zu erkennen gegeben. Das war vor nunmehr fast zehn Jahren, zu einer Zeit, wo sich diese Ansicht bereits vom herrschenden Konformismus abhob. Wir haben unsere Beziehungen mit den Staaten Osteuropas normalisiert und diejenigen mit Westeuropa entwickelt und intensiviert, indem wir uns aktiv an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beteiligten und — kurz zuvor — ein Frei-

Parlament und seine Kommissionen. Und wir informieren wahrhaftig im vollen Masse des Möglichen. Wir müssen uns natürlich auch, wie alle andern, den Gepflogenheiten der persönlichen Kontakte unterziehen, den Besuchen und Gegenbesuchen. Dies erlaubt uns, über das Weltgeschehen oft aus erster Hand informiert zu bleiben und dabei auch unseren eigenen Standpunkt vorzubringen, mit einem Wort, im Strom des internationalen Lebens zu bleiben. Andernfalls würde man uns ignorieren, und den Schaden daraus hätten wir selbst zu tragen. Das sind Binsenwahrheiten, und ich habe nachgerade Hemmungen, auf ihnen so oft herumreiten zu müssen. Überall auf der Welt sind dies Selbstverständlichkeiten, nur bei uns scheinen breite Schichten der Öffentlichkeit diese Notwendigkeiten noch nicht begriffen zu haben, um von denen unter uns ganz zu schweigen, die sie bewusst ignorieren und deren Borniertheit nur noch von ihrer Demagogie übertroffen wird.

Gefährliche einseitige Betrachtungsweise

Angesichts der Komplexität der Probleme und des explosiven Charakters der sich ständig verändernden internationalen Situation, angesichts der neuen Voraussetzungen, die im Entstehen begriffen sind, geht die Schweiz — und ich muss das wiederholen — schwerste Risiken ein, wenn sie sich auf sich selbst zurückzieht oder wenn sie sich auch nur dem gegenüber, was sich jenseits unseres notwendigerweise begrenzten Horizonts abspielt, indifferent zeigt. Gewiss, der Finanzplatz, der wir sind, die enge Verbundenheit unserer Märkte mit denen des Auslandes und vor allem der Europäischen Gemeinschaft, die Notwendigkeit, zu importieren, um zu leben, und zu exportieren, um zu überleben, alle diese Tatsachen sorgen dafür, dass die Schweiz nie isoliert sein wird, wenn man von einer nur wirtschaftlichen Betrachtungsweise ausgeht.

Aber es ist doch offensichtlich geworden, dass diese Betrachtungsweise nicht mehr ausreicht, ja dass sie in der heutigen Welt sogar gefährlich ist, weil sie zu einseitig ist. Der zutiefst politische Charakter der Anpassungsprobleme, die sich uns stellen, muss uns dazu bringen, über den einfachen wirtschaftlichen Reflex hinauszukommen, denn die wirkliche Di-

der (bürgerlichen) Presse

Toni Lienhard im «Tages-Anzeiger», Zürich: «... vom eigenen Partei-Stellenwert überzeugte Töne prägten den Parteitag. Glaubhaft wurden diese Töne auch für den Aussenstehenden, weil die SP sich im Moment wieder vermehrt Themen zuwendet, die ihrer grossen Basis, der Arbeiterschaft, auf den Nägeln brennen (...). Die rote Faust hat sich entkrampft, ist zur rosa Pfote geworden, welche, was Pfoten eigen ist, die Krallen meist eingezogen hat, diese aber bei Notwendigkeit auch zeigen oder brauchen will.»

Alois Hartmann im «Vaterland», Luzern: «Überrascht hat... die kritiklose Haltung der Delegierten hier und an anderen Punkten dieses Parteitages (...). Es ging allen nur um das ‚Grundsätzliche‘. Dass sie mit solch ‚grundsätzlicher‘ Sicht der Dinge sich ins Schlepptau der POCH nehmen liessen, kümmerte die Delegierten der SP... wenig oder gar nichts (...). Überrascht hat in Montreux auch Max Frisch... in der Formulierung, in der Zusammenstellung und Zuordnung der einzelnen Fakten und Beispiele tönte Frischs Rede wenig glaubwürdig. Es war eine Kampfreden und wurde von den Parteitage delegierten auch so verstanden.»

Jean-Marie Vodoz im «24-heures», Lausanne: «Der Überraschungscoup vom Sonntag stellt einen eindeutigen politischen Vorteil dar. Die POCH-Initiative wird nun wohl gründlich studiert werden. Denn der Souverän wird nun nicht mehr den Reflex haben, sie einfach zurückzuweisen, weil seine Paten drei kleine links-extreme Bewegungen waren.»

Frank A. Meyer in der «National-Zeitung», Basel: «Eines ist sicher: die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) waren schon besser (...). Es wäre allerdings falsch, daraus abzuleiten, die Zukunft werde grosse Spannungen zwischen SGB und SPS bringen. Die beiden Organisationen haben ein beträchtliches Stück Arbeit vor sich, das sie nur gemeinsam bewältigen können: Die Erarbeitung einer alternativen wirtschaftspolitischen Konzeption...»

Ulrich Pfister in der «Neuen Zürcher Zeitung», Zürich: «Das frustrierende Bewusstsein, in offener Konfrontation mit

den politischen Gegnern doch immer in der Minderheit zu bleiben, mag zu dieser befreienden oppositionellen ‚Tat‘ geführt haben — so wenigstens lässt sich der Begeisterungstaumel nach der Abstimmung erklären. Aber es ist ein Spiel mit dem Feuer, denn der Bürger wird aus der sozialdemokratischen Parole nicht allein das Grundsatzbekenntnis für die 40-Stunden-Woche herauslesen, sondern er wird die angeblich bundesratstreueste Partei auf das Ja zur konkreten Vorlage vom 5. Dezember behaften...»

Jann Etter in der «Thurgauer Zeitung», Frauenfeld: «Aber dennoch ist ein SPS-Parteitag, was die Freiheit der Rede, der Antragstellung, der Übereinstimmung der Vorstandsanträge, überhaupt die Debatierfreude und die Redelust anbetrifft, der liberalste ‚Klub‘, den es in der politischen Schweiz gibt... Doch das ist nur die eine Seite des Parolenentscheides der SPS, die ‚innere‘. Die ‚äussere‘ ist anders: Zweifellos hatte Ezio Canonica recht, wenn er erklärte, er stelle bereits eine Aufweichung in der Haltung der Arbeiterschaft bezüglich der Arbeitszeitverkürzung fest und damit eine günstige Entwicklung auf der Basis der Verträge (...).»

Georges Plomb in «La Suisse», Genf: «Der Kongress von Montreux (...) war reich an Spontaneität und Engagement. Wie schon öfters, gab es nicht wenige Theatercoups. Jedesmal ist es der linke Flügel dieser Partei, der die Zeichen setzt (...). Immerhin: Der Kongress der Sozialdemokraten gibt sich zwar kühn, aber er hält seine Kräfte im Zaum.»

Ulrich Kägi in «Die Weltwoche»: «(...) Doch der Kongress, der unter dem Slogan ‚Recht auf Arbeit‘ zusammengetreten war, beschloss gleichzeitig und ebenfalls im Gegensatz zu dem immerhin auch von Sozialdemokraten geführten Gewerkschaftsbund auch noch die Lancierung einer Volksinitiative für längere Ferien! Kürzere Arbeitszeit und mehr Ferien bei vollem Lohnausgleich selbstverständlich, ohne neuen Inflationsschub und zusätzliche Steuerung des Arbeitsrhythmus bei gleichzeitiger Sicherung der Arbeitsplätze? Nach der Kraftprobe von Montreux ist die SP Schweiz schwer ange-POCHT: Wird sie aus dem politischen Arm der Gewerkschaften zum Spielzeug der POCH?»

Der SPS-Parteitag 76 in Kürze

Stellungnahmen zu den eidgenössischen Volksabstimmungen vom 5. Dezember

40-Stunden-Woche: Ja (404 gegen 177 Stimmen).

Preisüberwachung: Ja (oppositionlos).
Geld- und Kreditbeschluss: Ja (oppositionlos).

★

Der Parteitag bekannte sich zu einer wirtschaftspolitischen Entschliessung, welche der Arbeitsplatz-Sicherung die erste Priorität einräumt und zur Entlastung des Arbeitsmarktes fordert:

- die 40-Stunden-Woche,
- die Erhöhung des Ferienanspruchs,
- ein gleitender Abbau der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer,
- das flexible Pensionierungsalter.

Am Mitbestimmungspostulat wird kategorisch festgehalten. Konsumenten-, Wettbewerbs- und Bankenpolitik sollen in Richtung der Entflechtung und der Transparenz (Durchsichtigkeit) entscheidend verbessert werden.

Im Sinne dieser Resolution beschloss der Parteitag, dem Parteivorstand die Kompetenz zu geben, eine noch auszuarbeitende Volksinitiative für die Verlängerung des gesetzlichen Minimal-Ferienanspruchs zu starten.

Ausserdem geniesst das Volksbegehren des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zur stufenweisen Einführung der 40-Stunden-Woche, das um die Jahreswende gestartet wird, nun die Unterstützung der SP Schweiz.

★

Mit den vom Parteitag 76 im wesentlichen gutgeheissenen Thesen zur Bildungspolitik leistet die SPS nach dem ablehnenden Ständeentscheid vom März 1973 über einen neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung einmal mehr richtungweisende Pionierarbeit. Die Schule soll

- die Selbständigkeit entwickeln, statt zur Anpassung erziehen,
- alle in Rücksicht auf ihre unterschiedlichen Startbedingungen, Interessen

und Bedürfnisse gleich fördern, statt eine einseitige Auslese betreiben, — solidarisches Verhalten lehren, statt den Wettkampf aller gegen alle einimpfen.

Die Thesen sprechen sich für die Gesamtschule aus. Die Vorschulerziehung soll überall verwirklicht werden. Die zukünftigen Hochschulen werden als koordinierende und organisierende Zentren der allgemeinen Erwachsenenbildung gesehen. Das Bildungsangebot soll regional ausgeglichen und zugänglich sein. Die Finanzierung des Bildungswesens mit seinen langfristigen Investitionen darf nicht länger von kurzfristigen Konjunkturschwankungen abhängig gemacht werden.

★

Die verschärfte wirtschaftliche Situation hat leider auch den politischen Druck der politischen Rechten auf einzelne Arbeitnehmersparten verstärkt. Der Parteitag wandte sich mit Nachdruck gegen die politische Repression, insbesondere auch im Bildungsbereich. Die SPS wird sich für die Menschenrechte und die politischen Freiheiten noch profiliert in die Schanze schlagen. Es wird dafür auch ein besonderes Gremium geschaffen.

★

Für den innerparteilichen Bereich bestimmte der Parteitag schliesslich, dass die Parteiprogrammatik neu zu bearbeiten ist, und zwar so, dass vor allem die Gegensätze zu kapitalistischer Wirklichkeit und Ideenwelt deutlich zum Ausdruck kommen.

★

Das bemerkenswerteste Ereignis bei den Wahlen der Parteibehörden ist die Wahl von drei Frauen in die Geschäftsleitung der SPS. Die Geschäftsleitung besteht ausser dem Präsidenten, der mit Akklamation wiedergewählt wurde, aus 12 weiteren Mitgliedern und den Parteisekretären.

che Tempo mitzuhalten. Offenbar ist sie besser trainiert als andere.

Gegenwärtig sind es die gleichen Rechtskreise, die dem Bundesrat eine unsoziale Politik der leeren Kassen aufzwingen möchten. Sie reden vom Sparen, meinen aber Sozialabbau. Nach dem Motto: Die Gelegenheit ist günstig, möchten sie nachholen, woran der freisinnige alt Nationalrat Brunner aus Zug im letzten Herbst mit seiner AHV-Abbaumotion gescheitert ist.

Die SP Schweiz wird diese Abbaupolitik bis aufs Messer bekämpfen. Wenn andere Parteien oder massgebliche Parteiengruppierungen Mühe haben, zum modernen Sozialstaat zu stehen, dann soll das Schweizervolk wissen, dass es auf die SP Schweiz zählen kann. Wir wollen versuchen, mit allen Gutgesinnten in diesem Lande eine soziale Allianz zu bilden. Wir müssen den Anschlag von rechts abwehren. Der soziale Friede hat die erste Priorität. Zum sozialen Frieden gehört, dass kein unsozialer Unfriede angestiftet wird. Das sollten sich Rechtsfreisinnige, die im Nationalrat erklärten, sie seien zwar für mehr Militärausgaben, beim Sozialstaat aber müsse ein Marschhalt eingeschaltet werden, hinter die Ohren schreiben. Das soll sich jeder Rechtsfreisinnige, der für andere laut gedacht und erklärt hat, «Schluss jetzt mit diesem Wohlfahrtsstaat», merken. Die SP Schweiz wird es nicht zulassen, dass die Kleinen die Zeche für die Fehler der Grossen bezahlen sollen.

Springende Schnecken gibt es nicht

Ein Motto dieses Parteitages heisst «Recht auf Arbeit». Wirtschaftsfragen sind zu kompliziert, als dass sie mit ein paar Bemerkungen abgetan werden könnten. Die Sozialdemokratie steht in vielen Staaten in der Regierungsverantwortung, und wir alle können mitverfolgen, dass Wirtschaftspolitik nicht nach dem Schlagwort «Unmögliches wird sofort erledigt, Wunder dauern etwas länger» aus dem Ärmel geschüttelt werden kann. Wir Sozialdemokraten haben gelernt, um es mit Günter Grass zu sagen, dass es keine springenden Schnecken gibt. Aber wenn ein Wirtschaftssystem den Anspruch des Humanen erheben will, dann gehört die Sicherung des Arbeitsplatzes an die erste Stelle. Nach allen übereinstimmenden Prognosen ist die Wirtschaftskrise noch nicht überwunden. Sogar die Schweizerische Bankgesellschaft gab in ihrem Bulletin zu, die Schweiz habe von allen OECD-Staaten den «stärksten Wirtschaftseinbruch» erlitten. Das «Recht auf

Ich habe die SP-Parteitags- und Abstimmungszeitung gelesen und wünsche

- das Parteiprogramm der SP Schweiz zu erhalten
- Mitglied der SP zu werden
- Unterlagen zu folgenden Themen zu erhalten (Zutreffendes ankreuzen)
- Bodenreform:** «Wieviel Erde braucht der Mensch?» Fr. 5.—
- Die Schweizer Sozialdemokraten** wer sie sind — was sie denken — was sie tun Fr. 1.50
- Selbstbehauptung der Schweiz** Friedenssicherung — soziale und nationale Sicherheit Fr. 6.—
- Politik im Alltag** Was ist Politik — und was könnte sie sein? Fr. 5.—

(Gewünschtes bitte ankreuzen. Danke. Versand gegen Rechnung.)

Absender: _____

Name _____

Vorname _____

Adresse (Strasse, PLZ, Ort) _____

Diesen Zettel ausschneiden und senden an:
SP Schweiz, Postfach 4084, 3001 Bern, Telefon 031 - 24 11 15.

Resolution «Befristeter Stopp im Atomkraftwerkbau»

Nachdem während einer halben Stunde der Text auf der Leinwand vor den Delegierten gestanden hatte, hiessen diese zum weiteren Vorgehen in der Frage des Baus von Atomkraftwerken eine Resolution mit folgendem Wortlaut mit überwältigender Mehrheit gut:

«Die SPS verlangt einen unverzüglichen befristeten Stopp im Atomkraftwerkbau, damit alle mit der Energiebeschaffung zusammenhängenden Fragen gründlich geprüft und die Ergebnisse in einer umfassenden Gesamtenergiekonzeption vorgelegt werden können.»

Wichtiger verkehrspolitischer Entscheid

Die Geschäftsleitung der SPS hat am Par-

tet. Der Autoverlad durch die Eisenbahntunnels des Gotthards und des Lötschbergs würde als Teil des Nationalstras-

SPS demonstriert für den öffentlichen Verkehr

Für den Parteitag in Montreux organisierte die SPS einen Extrazug von Zürich über Aarau, Solothurn, Biel, Bern, Fribourg — (Pidoux—Chebrevé) — Montreux und zurück. Der Zustrom zu dieser Attraktion war über die Massen gross, so dass der Zug verstärkt werden musste. Welt über die Hälfte der Parteitagsteilnehmer reiste auf diese sichere und bequeme Weise. Um auf der Rückfahrt die SPS über die Steilrampe von Vevey durch die Weinberge nach Pidoux zu schlappen, wa-

Fortsetzung von Seite 1

...auf rosa Pfoten...

Wer uns links überholen will und uns dabei als Revisionisten beschimpft, muss wissen, dass das gerade noch Mögliche am Unmöglichen gemessen wird. Die Lösung liegt zwischen den Extremen. Tolerant sein heisst: Widersprüche aus-

ratspartei bleiben soll oder nicht, beantwortet sein. Die SP Schweiz ist die bundesrats-treueste Partei. Das mag erstaunlich oder gar überheblich tönen. Aber die Statistik beweist es. In allen landeswichtigen Fragen steht die SP Schweiz am

halten können, heisst: den Kompromiss als Lösung respektieren, heisst: die Wahrheit des andern gegen den ausschliesslichen Anspruch der eigenen Wahrheit verteidigen. Wir sind nicht für eine Politik des Alles-oder-Nichts. Wir plädieren nicht für die Verachtung des Möglichen.

Die bundesrats-treueste Partei

Damit sollte die alte Streitfrage in unseren Reihen, ob die SP Schweiz Bundes-

nachhaltigsten hinter dem Bundesrat. Das ist damit zu erklären, weil der Bundesrat im helvetischen Politspiel die aufgeschlossenste Behörde ist. Im Vergleich zur bürgerlichen Mehrheit in den eidgenössischen Räten ist der Bundesrat geradezu progressiv. Es sind die Freisinnigen, die SVP und andere Rechtsparteien, denen das Sozialtempo des Bundesrates Mühe bereitet. Es sind diese Parteien, die aufheulen, weil dieser Bundesrat trotz Finanzsorgen und Krise die 9. AHV-Revision vorschlägt. Die SP Schweiz hat keine Schwierigkeiten, das bundesrätli-

Arbeit» ist ein fundamentales Menschenrecht. Es bedeutet Arbeit für alle. Es gehört zur vornehmsten Pflicht der SP Schweiz und reiht sich folgerichtig in ihren ganzen Kampf für mehr Gerechtigkeit würdig ein, dass wir mit aller Kraft und mit ganzem Einfluss das «Recht auf Arbeit» realisieren helfen. Zum Schluss: Der Wahlerfolg von 1975 muss uns alle beflügeln, das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Erich Kästner hat gesagt: «Es gibt nichts Gutes ausser: Man tut es.» Tun wir es. Ich danke Euch.

tertag in Montreux folgenden Antrag der Sektion Spiez zur Prüfung entgegengenommen:

«Der Parteivorstand der SPS wird ersucht, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, damit die Schweiz spätestens bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Gotthard-Strassentunnels für alle Nationalstrassen-Benutzer Gebühren erhebt. Der Einzug hätte auf einfachste Art mittels Vignette zu erfolgen; ausländische Nationalstrassen-Benutzer hätten die Gebühr an der Grenze zu entrichten. Der Gebührentarif wird nach Gewicht der Fahrzeuge gestal-

ren sogar zwei Hochleistungslokomotiven in Vielfach-Steuerung vonnöten...

sennetzes erklärt und gleich wie dieses finanziert.»

Damit hat der Parteitag zweifelsfrei eine wichtige verkehrspolitische Weichenstellung vorgenommen, die bei Kreisen des öffentlichen Verkehrs etwelches Interesse auslösen dürfte.

**Für das Recht auf Arbeit
Für das Recht auf Bildung
Für die Menschenrechte**



Sozialdemokratische Partei der Schweiz